

Hebammenverband
Baden-Württemberg e.V.

Pressemitteilung

17.11.2016

Stellungnahme zum Artikel „Mehr Unterstützung für Mütter von Babys“ von Inge Jacobs, Stuttgarter Zeitung, 16. November 2016, sowie den dazugehörigen Kommentar von Inge Jacobs: Prävention hilft Kinderschutz „Je früher desto besser“.

Verdrängung des bewährten Hebammenberufs

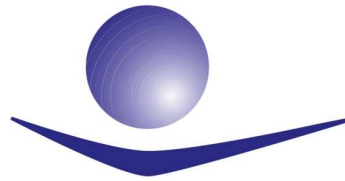
Hilfs- und Präventionsangebote für Schwangere und junge Mütter, die als „neu“ deklariert werden, erwecken den Anschein, als gäbe es diese Angebote nicht, die zu den ureigenen Aufgaben der Hebammen gehören. Das stellt die Kompetenz der Hebammen in Frage, schadet dem Berufsbild und widerspricht dem Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung.

Stuttgarts Jugend- und Bildungsbürgermeisterin Isabel Fezer stellte der Presse ein erweitertes Präventionsangebot für junge Mütter vor. Es basiere auf den „guten Erfahrungen mit dem stadtweiten Konzept zu frühen Hilfen und dem ergänzenden Projekt „Sonnenkinder“, bei dem Caritas-Mitarbeiterinnen sich um Wöchnerinnen im Marienhospital und in der St. Anna-Klinik gekümmert und manche von ihnen auch später daheim noch unterstützt haben.“ Junge Mütter hätten „erstmal“ (!) in den Kliniken die Möglichkeit zu dieser Betreuung. Sowohl das Angebot als auch die Darstellung mit der Betonung auf Erstmaligkeit stellen den Beruf der Hebamme massiv in Frage.

Hebamme: Fachfrau und Vertrauensperson

In Deutschland hat jede Frau ein gesetzlich verankertes Recht auf Hebammenunterstützung. Die umfasst das gesamte Spektrum: vom Beginn der Schwangerschaft, über die Geburt, die Zeit im Wochenbett bis zum Ende der Stillzeit.

Die Hebamme ist Ansprechpartnerin und Vertrauensperson für alle Frauen, egal welcher Herkunft, Konfession oder sozialer Stellung. Sie arbeiten unabhängig von Institutionen und unterliegen der Schweigepflicht. Daher stehen Hebammen für eines der niederschwelligsten Hilfsangebote in Deutschland. Um passende Hilfe vermitteln zu können, wo ihr Kompetenzradius endet, sorgen sie für eine gute Vernetzung mit anderen Institutionen. Die Frühen Hilfen sind in dieser Hinsicht ein Anknüpfungspunkt, den Hebammen sehr begrüßen, wobei klar sein muss, dass es



sich um Zusatzangebote handelt, nicht um Ersatz. Manche lassen sich daher auch als Familienhebamme zertifizieren.

Aus berufspolitischer Sicht gibt es zu dieser Entwicklung jedoch eine Kehrseite: Mit Projekten wie den Frühen Hilfen und dem neuen Stuttgarter Präventionsangebot werden die Aufgaben, für die Hebammen die ausgebildeten Fachfrauen sind, anderen Berufsgruppen (Jugendpsychologen, Sozialarbeitern, Familienhebammen sowie Kinderkrankenschwestern) übertragen.

Projekte kaschieren die Notlage

„Statt teure Projekte zu entwickeln, täten Land, Städte und Gemeinden besser daran, das längst vorhandene Potenzial zu nutzen und damit die Hebammen zu fördern, wie es im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung verankert ist“, so Jutta Eichenauer, 1. Vorsitzende des Hebammenverbandes Baden-Württemberg. Maßnahmen dieser Art kaschierten das eigentliche Problem, auch wenn sie kurzfristig Hilfe für die Frauen und Familien darstellten. Doch die Lücken in der flächendeckenden Versorgung sei Folge der prekären beruflichen Rahmenbedingungen für Hebammen, die sich immer weiter verschlechtern. Darauf gelte es den Fokus zu legen.

Juristisch unklar

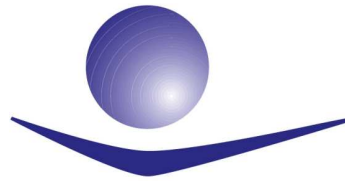
Mit den Frühen Hilfen werden diese Lücken teilweise vermeintlich gestopft, doch hier zeigen sich Probleme, da die als „vorbehaltene Tätigkeiten der Hebammen“ definierten Aufgaben nur von Hebammen abgedeckt werden dürfen. Der eigentliche Notstand wird darüber hinaus durch solche Programme verborgen und dringend geforderte politische Maßnahmen weiter verschoben.

Der Vorstand weist zudem kritisch darauf hin, dass diese Zusatzangebote durch die Kommunalhaushalte finanziert werden und die Krankenkassen entlasten, die eigentlich dafür zuständig wären.

In Zeiten, in denen kommunale Budgets immer enger geschnürt werden müssen und Hebammen um ihre Existenz kämpfen, sind solche Maßnahmen das falsche Signal. Hier ist ein anderer Ansatz gefordert.

Der Hebammenverband Baden-Württemberg e.V.

ist die Berufsorganisation der angestellten und freiberuflichen Hebammen im Land. Unter Wahrung der parteipolitischen und konfessionellen Neutralität vertreten wir die beruflichen Interessen von 2810 Hebammen und 126 werdenden Hebammen in Baden-Württemberg. Somit sind wir der zweitgrößte der 16 Mitgliedsverbände des Deutschen Hebammenverbandes.



Hebammenverband
Baden-Württemberg e.V.

Neben den Belangen der in unserem Berufsverband organisierten Hebammen setzen wir uns gemeinsam mit anderen Organisationen für die Belange der werdenden und jungen Mütter und ihrer Familien sowie für die Gesundheitserziehung der Bevölkerung ein.

Der Hebammenverband Baden-Württemberg ist untergliedert in 32 Kreisverbände, die im Großen und Ganzen den Landkreisen entsprechen. Vertreterinnen aus jedem Kreis treffen sich mindestens zwei Mal im Jahr bei den Landesdelegiertentagungen und besprechen berufspolitisch wichtige Themen.

Kontakt und weitere Informationen:

Hebammenverband Baden-Württemberg e.V.

Jutta Eichenauer, 1. Vorsitzende

Tel: 07191-9338394

E-Mail: 1.vorsitzende@hebammenverband-bw.de